

Bündnis „No Humboldt 21! Moratorium für das Humboldt-Forum im Berliner Schloss“

Bündnis „No Humboldt 21!“ kritisiert die aktuellen „Grundpositionen“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zum Umgang mit ihren außereuropäischen Sammlungen

Pressemitteilung vom 12.6.2015

Anlässlich des bevorstehenden Richtfestes für das Berliner Schloss/Humboldt-Forum am 12.6. hat die SPK „Grundpositionen“ zum Umgang mit ihren außereuropäischen Sammlungen veröffentlicht. Das NGO-Bündnis „No Humboldt 21!“ kritisiert das Papier als fadenscheiniges Manöver zur Bewahrung unrechtmäßigen Besitzes.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der weitaus größte Teil der außereuropäischen Sammlungen Berlins aus kolonialen Unrechtskontexten - d.h. während der Jahrhunderte dauernden kolonialen europäischen Fremdherrschaft über weite Teile der Welt - in den Besitz des Königlichen Museums für Völkerkunde gelangte. Nicht genug damit ist die Stiftung Preußischer Kultur im Besitz ganzer Reihen von sogenannten „sensiblen Objekten“ (menschliche Überreste und heilige Gegenstände), die nachweislich durch Raub und Betrug als Kriegs- bzw. Kolonialbeute aus außereuropäischen Gebieten nach Berlin gelangt sind.

Der verantwortungsvolle Umgang vor allem mit diesen sensiblen Objekten ist in der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker und im ICOM Code of Ethics, für dessen Einhaltung sich die SPK selbst preist, klar geregelt. Generell heißt es darin: „Museums should be prepared to **initiate dialogues for the return of cultural property to a country or people of origin.**“ (6.2.) In den „Grundpositionen“ der SPK wird diese Verpflichtung zu proaktiven Rückgabeangeboten von Objekten aus kolonialen Unrechtskontexten an die Herkunftsstaaten oder -gesellschaften hingegen jedoch komplett ignoriert.

Stattdessen deklariert die SPK diese zahlreichen Objekte kurzerhand zum „Shared Heritage“ und sucht vorrangig nach Wegen, diese in ihrem Besitz zu behalten oder - wie es der eurozentrische Klartext ausdrückt - „weiterhin im wissenschaftlichen Kreislauf und in einer der allgemeinen Öffentlichkeit dienenden Weise zu belassen“. Lediglich in „Einzelfällen“, heißt es unverbindlich, „kann es auch geboten sein, Rückgaben zu vereinbaren“.

Mnyaka Sururu Mboro vom Bündnis „No Humboldt 21!“ erklärt: „Es ist offensichtlich, dass die SPK mit ihrem Konzept des Shared Heritage in erster Linie die Rückgabe von Objekten aus kolonialen Unrechtskontexten verhindern und sogar weiter an menschlichen Gebeinen und heiligen Objekten forschen will. Dabei ist die Rede vom „geteilten Erbe“ blanker Zynismus. Denn die meisten Herkunftsgesellschaften sind von der SPK noch nicht einmal über den Verbleib der sterblichen Überreste und Kultgegenstände ihrer Ahnen informiert worden. Und selbst wenn sie Bescheid wüssten: Wie sollen sie ihre Kulturschätze besichtigen, wenn diese nicht in ihrer Heimat gezeigt werden und sie selbst nicht einfach nach Berlin reisen können?“

Kontakt: Mnyaka Sururu Mboro, 01601174528, buero(at)berlin-postkolonial.de

Infos: www.no-humboldt21.de

Grundpositionen der SPK: http://www.preussischer-kulturbesitz.de/fileadmin/user_upload/documents/mediathek/schwerpunkte/vermittlung/rp/grundhaltung_spk_aussereuropaeische-slg_dt_final.pdf